



Für mehr Entgeltgleichheit

Auf zum Equal-Pay-Day



Titel

Was ist Evidenzbasierte Medizin

Seite 24



Berichte

Aus dem Verbandsleben

ab Seite 6



Humanmedizin

Im Gespräch mit KBV-Vorstand Dr. Andreas Köhler

Seite 15



Veterinärmedizin

Am Ende eines Tierlebens, Teil 2

Seite 18

Editorial 3

Nachrichten

Basistarif ist kein Schnäppchen 4

Wandel in der Kieferorthopädie 5

Berichte aus dem Verbandsleben

Rück- und Ausblicke beim bildungspolitischen Forum 6

Bundeskongress 2009 9

Entgeltgleichheit in der Diskussion

bpt-Reaktion auf eigenen Vertragsabschluss 10

Ihr Verband vor Ort 11

Berufe in der Praxis

Humanmedizin:

Fehlerbericht Nr. 8 14

Im Gespräch mit Dr. Andreas Köhler 15

Dentalmedizin:

Alterszahnheilkunde – Situation bei Senioren 16

Einblicke in die Arbeit der Zahntechniker 16

Veterinärmedizin:

Am Ende eines Tierlebens 18

Informationen über das West-Nil-Virus 19

Termine für TFA 19

Ausbildung

Welche Rechte und Pflichten haben Ausbilder und Auszubildende 20

Azubi-Tage 2009 21

Recht

Informationen zum Tarifvertrag für betriebliche Altersvorsorge bei TFA 22

Titel

Evidenzbasierte Medizin 24

Bildungswerk für Gesundheitsberufe 27

Kalender 28

Beitrittserklärung 30

Impressum

praxisnah offizielles Organ des Verbandes medizinischer Fachberufe e.V.

1. Vorsitzende: Hannelore König

verantwortliche Redakteurin: Heike Rösch

Redaktionsanschrift: Schöne Aussicht 19, 65527 Niedernhausen

Tel.: 06127/70379-0, Fax: 06127/70379-9

E-Mail: pn@vmf-online.de

Ständiger Redaktionsausschuss: S. Agus, H. König, I. Herrmann, C. Magyar, B. März, P. Müllerstedt, M. Plochberger, S. Rothe, M. Urban

Titelfoto: Verband medizinischer Fachberufe e.V.: Alle Rechte, insbesondere das Recht der Verbreitung, Vervielfältigung und Mikrokopie sowie das Recht der Übersetzung in Fremdsprachen für alle veröffentlichten Beiträge vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Herausgebers. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Verbandes wieder. Anzeigen laufen außerhalb der Verantwortung des Herausgebers.

Druck und Vertrieb: Media-Print, Taurusdruck GmbH, Bernerstr. 111, 60437 Frankfurt/M, Tel.: 0 69/95 09 05-0, Fax: 0 69/95 09 05-50. praxisnah ist auf umweltfreundlich chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt und erscheint sechsmal im Jahr.

Verband medizinischer Fachberufe e.V.

Geschäftsstelle, Bissenkamp 12–16, 44135 Dortmund, Tel.: 02 31/55 69 59-0 Fax: 02 31/55 35 59

Internetadresse: <http://www.vmf-online.de>

E-Mail: info@vmf-online.de

Telefonzeiten:

Mo. bis Do. 8.00 Uhr bis 17.00 Uhr

Fr.: 8.00 Uhr bis 14.00 Uhr

Außerhalb der Telefonzeiten können Sie auf unserem Anrufbeantworter Nachrichten und Informationen rund um die Uhr loswerden.

Anzeigenverwaltung: Geschäftsstelle,

Tanja Güse,

Tel.: 02 31/55 69 59-25, Fax: 02 31/55 35 59

Bankverbindung: Dortmunder Volksbank

BLZ 441 600 14, Kto.-Nr. 260 1600 000.

Jahresabonnementspreis 22 Euro inkl. MwSt.

Zustellkosten ins Ausland werden zusätzlich berechnet. Einzelheft 3,80 Euro inkl. MwSt.

Bestellungen werden vom Verband medizinischer Fachberufe e.V. entgegengenommen.

Für Verbandsmitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Die Bezugsdauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn nicht sechs Wochen vor Ende des Kalenderjahres gekündigt wird. Bei Zahlungsverzug behalten wir uns das Recht vor, die Lieferung einzustellen und das Abonnement zu kündigen.

Die Verpflichtung zur Zahlung bleibt hiervon unberührt.



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

der 8. März ist der Internationale Frauentag. Seine Anfänge liegen in der sozialistischen Arbeitnehmerinnenbewegung. 1911 wurde er in Deutschland zum ersten Mal begangen und auch heute gibt es ausreichend Anlass, über Gleichstellung und Chancengleichheit nachzudenken – und zu handeln.

Zum Beispiel auch am Equal Pay Day. Der Verband Business and Professional Women Germany (BPW) hat die Idee seiner amerikanischen Schwesterorganisation von einem Tag der Entgeltgleichheit nach Deutschland getragen. Im vergangenen Jahr hielt der Equal Pay Day (EPD) bei uns Einzug. Er kennzeichnet jenes statistisch errechnete Datum, an dem Frauen das Jahresgehalt der Männer in der Tasche haben. Da sie im Durchschnitt fast ein Viertel weniger verdienen, liegt dieser Tag nicht am 31.12., sondern – wie etwa in diesem Jahr am 20. März – entsprechend zeitversetzt. Zum Markenzeichen der Kampagne wurde die „Initiative Rote Taschen“. Als Mitglied des Deutschen Frauenrates unterstützen auch wir diese Aktion und sind an unterschiedlichen Stellen aktiv dabei.

Die Gehaltsunterschiede zwischen Männern und Frauen betragen in Deutschland bei einzelnen Berufsgruppen sogar bis zu 30 Prozent. In Europa stehen wir damit an drittletzter Stelle (Quelle BPW). Aber auch bei Berufen mit ähnlichen Qualifikationsanforderungen herrscht noch lange keine Gerechtigkeit: Eine Verwaltungsfachangestellte erhält im Durchschnitt monatlich 1897 Euro, die Medizinische Fachangestellte 1564 Euro (Quelle: Lohnspiegel; Wirtschaft t-online). Diese Ungerechtigkeit dürfen wir nicht einfach hinnehmen. Das Bewusstsein dafür ist ein erster Schritt; der zweite wichtige ist, unseren Organisationsgrad zu erhöhen. Erst dann können wir unsere berechtig-

ten Gehaltsanpassungen auch realistisch durchsetzen. Die Zukunftsvision unseres Verbandes sind Frauen, die sichtbar organisiert sind, die fordern und bekommen, was sie verdienen!

Der Staat hat in den vergangenen Jahren einiges getan, um den Arbeitsmarkt zu beflügeln. Ob sich das aber für unsere Berufe ausgezahlt hat, darf bezweifelt werden. Denn durch die Deregulierung wurden eine Vielzahl von Minijobs und Teilzeitschäftigungen, insbesondere für Frauenberufe, geschaffen. In Deutschland scheint die Verknüpfung von Teilzeit und Niedriglohn dabei besonders stark ausgeprägt zu sein.

Frauen wählen immer noch gern Berufe, die sie mit der Familienarbeit vereinbaren können. Damit sie dann aber nicht auf eine eigene Karriere verzichten müssen, sind die Rahmenbedingungen zu verbessern. Mit einer ausgewogenen Kinderbetreuung und zeitgemäßen Wiedereingliederungsmaßnahmen könnte ein wichtiger Schritt nach vorn eingeleitet werden. Denn unser Land braucht selbstbewusste Frauen, denen die Integration in eine geschlechtsunabhängige Arbeitswelt offen steht. Die wirtschaftliche Lage ist derzeit angespannt. Dennoch darf das nicht zu Entlassungswellen führen. Der Politik sollte klar sein, dass auch das ambulante Gesundheitswesen einen nicht unerheblichen Wirtschaftszweig darstellt und dass es darum gehen muss, Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen – und zwar unter der Prämisse der Entgeltgleichheit.

Wir möchten alle Leserinnen und Leser einladen, sich am 2. Equal Pay Day am 20. März 2009 mit einer roten Tasche zu zeigen und an den Veranstaltungen und Aktionen teilzunehmen. Wir geben alle uns bekannten Termine auf unserer Homepage weiter. Berichten auch Sie uns, was Sie an diesem Tag machen und erlebt haben. Viel Erfolg und Spaß.

Margret Urban

2. stellvertretende Präsidentin, Ressort Tarifpolitik

PKV: Basistarif ist kein Schnäppchen

Der Verband der Privaten Krankenversicherungen (PKV) hat vor falschen Vorstellungen über den seit 1. Januar 2009 angebotenen Basistarif gewarnt. In einer Pressemitteilung schreibt er dazu:

„Der Basistarif muss den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen nachbilden. Während die PKV-Versicherten dauerhaft ein vertraglich garantiertes Schutzpaket erhalten, muss der Basistarif immer den Vorgaben für die gesetzlichen Krankenkassen folgen. Werden dort Leistungen gekürzt, dann gilt das in Zukunft auch für den Basistarif.

Durch die einschnürenden gesetzlichen Vorgaben wird der Basistarif nicht kostendeckend sein. Die verbleibende Deckungslücke geht laut Gesetz auf Kosten der Bestands-Versicherten in der PKV. Nicht zuletzt wegen dieses Eingriffs in bestehende Verträge haben PKV-Versicherte und Unternehmen Verfassungsbeschwerde gegen die Gesundheitsreform eingelegt.

Anders als in der GKV ist die Höhe des Beitrages in der PKV nicht abhängig vom Einkommen, sondern vom Umfang der versicherten Leistungen, vom Eintrittsalter und vom Geschlecht. Das gilt auch für den Basistarif ... Individuelle Risikozuschläge werden – anders als sonst in der PKV – nicht erhoben. Das Gesetz gibt als maximale Beitragshöhe den durchschnittlichen Höchstbeitrag der GKV vor. Mehr muss ein Versicherter im Basistarif nicht bezahlen – bis zu dieser Höhe zahlt er aber auch dann, wenn sein Einkommen zum

Beispiel als Rentner sinkt. Im Unterschied zur GKV wird im Basistarif für jede versicherte Person ein eigener Beitrag erhoben. Ein Ehepaar zahlt also stets zwei Beiträge (jeweils begrenzt auf den Höchstbeitrag). Auch für Kinder sind gesonderte Beiträge bis zu einer Höchstgrenze von rund 226 Euro zu zahlen.“

Zudem müssten, anders als in der GKV, auch im Basistarif die PKV-typischen Alterungsrückstellungen gebildet werden. Da der Basistarif durch die politischen Vorgaben mit überdurchschnittlich alten und kranken Versicherten starte, komme es auch nicht zu der für das Versicherungsprinzip erforderlichen Risikomischung. Zudem erhalte die PKV keinerlei Steuermittel und verfüge auch nur über sehr wenige Instrumente zur Kostensteuerung (z.B. Rabattverträge).

Die Kassenärztliche Bundesvereinigung habe bislang keine Vereinbarung über eine GKV-analoge Vergütungshöhe im Basistarif unterschrieben. Falls es nicht gelinge, den Honorarsatz auf das GKV-Niveau zu senken, ist nach den gesetzlichen Vorgaben der 1,8-fache Satz zu zahlen, was die Kosten des Basistarifs zusätzlich in die Höhe treiben würde.

Die PKV habe stets betont, dass es sich beim Basistarif nicht um ein „Privatversicherungs-Schnäppchen“ handeln werde. Der Basistarif sei mit so vielen gesetzlichen Vorgaben versehen, dass die allermeisten Versicherten von Beginn an den Höchstbeitrag von knapp 570 Euro monatlich werden zahlen müssen.

Diskussion um Zeitpunkt für KfO-Zusatzversicherung

Der Berufsverband der Deutschen Kieferorthopäden (BDK) hält die Empfehlungen der Januarausgabe der Zeitschrift Finanztest zu Kieferorthopädischen Zusatzversicherungen für dringend korrekturbedürftig. In dem Beitrag werde vermittelt, eine Versicherung vor dem 5. Lebensjahr sei nicht sinnvoll. Würden sich Eltern danach richten, könnten sie nicht auf Erstattungsleistungen hoffen, wenn eine Therapie notwendig werden sollte. Laut Dr. Gundi Mindermann, 1. Bundesvorsitzende des BDK sind kieferorthopädische Maßnahmen nur dann versichert, „wenn die Behandlungsbedürftigkeit nicht bereits vor Versicherungsabschluss vorlag. Üblicherweise entwickeln besonders ‚Lutschkinder‘ die Verformungen aber in frühester Kindheit.“ Da bei Kieferorthopädie zudem längst vorbeugende Verfahren im Vordergrund stehen, lohne sich der Abschluss bereits nach der Geburt. So ließen sich mit vergleichsweise wenig Aufwand schon früh – meist ab Kindergartenalter – Kieferverformungen wieder ausgleichen. Anders als im Finanztest dargestellt sei der Abschluss einer Zahnzusatzversicherung bei Fünfjährigen nicht der richtige Zeitpunkt, um einzutreten – manchmal aber der richtige, um eventuell wieder auszutreten.

HundeDoc für Obdachlose

Das Berliner Sozialprojekt „HundeDoc“ bietet jungen obdachlosen Menschen kostenlose medizinische Versorgung für ihre Tiere. „Für viele der jungen Menschen ist der Hund der einzige feste Sozialpartner. Das Tier ist treu und stellt seinen Menschen nicht in Frage“, erklärt Tierärztin Jeanette Klemmt, die das Projekt seit acht Jahren betreut. An drei Tagen in der Woche fährt sie zu festen Zeiten Sozialeinrich-

tungen an, wo sich die jungen Menschen regelmäßig aufhalten. „Ich versorge die Tiere, gleichzeitig bin ich auch Köder für die Sozialarbeit“, sagt Klemmt. „Um einen Termin mit dem kranken Vierbeiner zu bekommen, müssen sich die Jugendlichen in einer der sozialen Einrichtungen anmelden.“ So kommen die Sozialarbeiter mit ihnen ins Gespräch und können das Misstrauen gegenüber Hilfsangeboten abbauen.

wwwweb-Tipps

- Die Rheinische Fachhochschule Köln hat einen Leitfaden zur Abrechnung von Leistungen in MVZ und anderen Kooperationsformen unter www.rfh-koeln.de ins Netz gestellt
- www.impfkontrolle.de ist von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) als aktuelle Informationsseite anerkannt worden
- Jeden Freitag bietet www.schnecke-online.de neue Informationen zum Thema Cochlea-Implantate und Hörgeräte

Tierversuche auf Rekordhoch

Mehr als 2,6 Millionen Tiere wurden 2007 in Deutschland für Tierversuche verwendet, etwa 100.000 mehr als 2006. Die Vereinigung „Ärzte gegen Tierversuche“ bezeichnete diese Entwicklung als einen „skandalösen Rückschritt“. Seit Beginn der offiziellen Statistiken im Jahr 1989 hätte die Zahl der im Labor getöteten Tiere zunächst von 2,6 Millionen auf 1,5 Millionen Tiere im Jahr 1997 abgenommen. Seither sei ein kontinuierlicher Anstieg zu verzeichnen. Dies sei vor allem auf die Gentechnik zurückzuführen, in der immer mehr Mäuse ihr Leben lassen müssen. 2007 wurden 498.269 gentechnisch veränderte Mäuse verwendet, 32 Prozent mehr als im Vorjahr. Ärzte gegen Tierversuche fordert von der Bundesregierung, konkrete

Schritte einzuleiten, um den Aufwärtstrend zu stoppen. „Die Politik muss erkennen, dass die medizinischen Probleme nicht durch noch so viele Tierversuche zu lösen sind“, so Dr. med. vet. Corina Gericke. Millionen Tiere und Milliarden Steuergelder würden verforscht, doch die Durchbrüche bei der Bekämpfung menschlicher Erkrankungen bleiben aus. „Es ist Zeit, endlich tierversuchsfreien Forschungsmethoden den Vorzug zu geben“.

Als besonders alarmierend bezeichnet der Verband den drastischen Anstieg bei Primaten: 2007 wurden 2.487 Affen verwendet, 636 mehr als im Jahr zuvor. Die Zahl der Katzen stieg von 586 auf 802, die Zahl der Hunde von 4.260 auf 4.794, die der Pferde von 641 auf 2.546.

Hormonelle Ursachen bei Eierstockkrebs vermutet

Frauen, die stark übergewichtig sind, haben gegenüber Normalgewichtigen ein erhöhtes Risiko, an Eierstockkrebs zu erkranken. Das geht aus einer Studie hervor, die in der Fachzeitschrift *Cancer* veröffentlicht wurden. Die Wissenschaftler vermuten, dass die Verbindung zwischen Fettleibigkeit und Eierstockkrebs auf hormonelle Prozesse zurückgeht. In der Studie war über sieben Jahre der Gesundheitsverlauf bei insgesamt rund 94.500 US-amerikanischen Frauen beobachtet worden. In diesem Zeitraum traten rund 300 Fälle von Eierstockkrebs auf. Stark vermehrtes Fettgewebe, so die Wissenschaftler, stimuliere bei Frauen nach den Wechseljahren die Bildung von Östrogenen. Diese würden möglicherweise das Wachstum der Eierstockzellen anregen und an der Entstehung bösartiger Eierstocktumoren beteiligt sein.

- Kontakt mit anderen Zahnmedizinischen Fachangestellten im Netz finden Sie unter www.zahnmonster.de
- Das Bundesinstitut für Risikobewertung hat die „Ärztlichen Mitteilungen bei Vergiftungen 2007“ auf www.bfr.bund.de veröffentlicht.
- Ein Heft über das Vergiftungspotenzial von Pflanzenarten kann auf www.aid-medienshop.de bestellt werden

Behindertengerechte Praxen

Mehr als 35.000 Arzt- und Zahnarztpraxen sind mittlerweile bundesweit rollstuhl- und behindertengerecht ausgebaut. Das hat die Stiftung Gesundheit anhand ihres Ärzteverzeichnisses www.arzt-auskunft.de ermittelt. Zusätzlich können auf dieser Website auch Informationen zur Lage und Erreichbarkeit abgefragt werden, so Sprechzeiten und Hinweise zu öffentlichen Verkehrsmitteln in der Nähe sowie Parkplätze vor der Praxis. Das Verzeichnis umfasst alle niedergelassenen Ärzte, Zahnärzte und Psychologischen Psychotherapeuten, verknüpft mit mehr als 1.000 Diagnose- und Therapieschwerpunkten. Die Stiftung ist auch unter der gebührenfreien Nummer 08 00 / 7 39 00 99 erreichbar.

Wandel in der Kieferorthopädie

15 Jahre nach ihrer Gründung hat die Initiative Kiefergesundheit (IKG) Bilanz gezogen.

Noch Anfang der 90er Jahre hatte eine Bevölkerungs-Umfrage ergeben, dass über die Korrektur von Zahn- und Kieferfehlstellungen nur wenig bekannt war und kieferorthopädische Diagnostik und Frühversorgung viel zu selten wahrgenommen wurden. Wer eine „Spange“ trug, litt zudem oft unter Hänseleien. Vieles hat sich heute geändert: „Derzeit muss sich die Kieferorthopädie sogar gegen den Vorwurf wehren, ihre Therapiemittel seien Mode-Erscheinungen“, sagte Mit-Initiatorin Dr. Henriette Dörschug und ergänzt: „Grund für kieferorthopädische Maßnahmen ist und bleibt die Behebung funktionaler Störungen durch fehlstehende Zähne.“ Nicht behandelte Fehlstellungen könnten später ganzheitliche Beschwerden wie Kopf- und Nackenschmerzen, Rückenbeschwerden und sogar Migräne nach sich ziehen. In den vergangenen Jahren habe

sich allerdings keineswegs alles nur verbessert. So nimmt beispielsweise die Milchzahnkaries wieder zu. Dafür gebe es vielschichtige Gründe, einer der wesentlichen sei die Unkenntnis vieler Eltern über zahngesundheitliche Zusammenhänge und leider auch das Nachlassen der Gesundheits-erziehung in der Familie. Ein anderes Thema sei der Stress im Kindesalter und die Folgen für Kiefer und Zähne: „Nicht zuletzt Grundschüler arbeiten oft wie die ‚Großen‘ ihre Anspannungen und Belastungen oral ab, heißt: Sie kauen auf Stiften, knirschen mit den Zähnen, nuckeln auch in höherem Alter noch am Däumchen.“ Das seien keine Marotten, sondern – zumal wenn sie länger anhielten – ernst zu nehmende Verhaltensweisen mit nachhaltigen Folgen.

Die IKG verweise deshalb in Publikationen, im Internet und nicht zuletzt mit dem touren- den KROCKY-Mobil auf Möglichkeiten, diese Fehlstellungen zu vermeiden.